

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Zeile die gespaltene
Zeile 30 Pf.
Fernsprecher Nr. 210.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Amts- und Anzeigebblatt“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten, sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 72.

Donnerstag, den 31. März

1910.

Öffentliche Vorbildersammlung und Bibliothek Eibenstock.

Wegen vorzunehmender Reinigung der Räume bleiben dieselben von morgen Freitag
bis mit Sonntag, den 3. April, geschlossen.
Blauen, den 31. März 1910.

Geh. Kommerzienrat **Erbert.**

Brandversicherungsbeiträge betreffend.

Die Brandversicherungsbeiträge auf den 1. Termin 1910 — 1. April — sind

nach je einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäudeversicherungsabteilung und
nach je ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Ver-
sicherungsabteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen bis spätestens

zum 8. April 1910

bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Stadtfeuer-Einnahme zu ent-
richten.

Stadtrat Eibenstock, am 19. März 1910.

Hesse.

Schönfelder.

Zwischen der konservativen Partei und der Konservativen Vereinigung

hat sich in der Hauptversammlung des Ber-
liner deutsch-konservativen Wahlvereins
Mitte März eine entscheidende Annäherung voll-
zogen. Einem Berichte der „Kreuz-Ztg.“ ist darüber
folgendes zu entnehmen:

„Nach einem kurzen Berichte des Schatzmeisters und
der einstimmig erteilten Entlastung folgte der Haupt-
vortrag des Abends, den Landtagsabgeordneter Justiz-
rat Meyer-Tilfit hielt. In milder und ver-
ständlicher Art sprach der Redner über die hauptsäch-
lichsten politischen Tagesfragen, insbesondere über die
immer noch nicht zur Ruhe gekommene Reichsfinanz-
reform und die preussische Wahlrechtsvorlage. Er führ-
te aus, daß auch er ein Anhänger der Erbansfallssteuer
gewesen sei, jedoch überall, sowohl im 50er Ausschuss
wie in der ostpreussischen konservativen Vertretung in
der verschwindenden Minderheit geblieben sei. Hier-
aus habe er die selbstverständliche Konsequenz gezo-
gen, sich nunmehr auch der Partei zu fügen, um so
mehr, als die Gründe gegen die Erbansfallssteuer eben-
falls absolut gewichtige gewesen seien. Er sei auch
ein Anhänger des Budgetankens gewesen, der große
Erfolge gegenüber der Sozialdemokratie erzielt habe,
trotzdem müsse auch er anerkennen, daß der Budget
länger je mehr von dem Liberalismus dazu benötigt
worden sei, nicht nationale, sondern liberale Politik
zu betreiben, und wenn sich der Reichskanzler Fürst
Bilow auf Gedeih und Verderb mit der Bloßlegen
bei der Reichsfinanzreform identifiziert habe, so sei
das Zerfallen des Blocks und der Sturz des Fürsten
Bilow nur hierdurch, also durch die Fehler des Libera-
lismus und des Reichskanzlers selbst, nicht aber durch
die Konservativen verschuldet worden. Dem Zentrum
gegenüber sei Gerechtigkeit am Platze. Ein Bündnis
sei nie mit ihm abgeschlossen; man dürfe aber an der
Tatsache nicht vorbeigehen, daß das Zentrum in wick-
tigen nationalen und wirtschaftlichen Fragen auch so
oft seinen Mann gestanden habe, so daß seine völ-
lige Eliminierung durch die Bloßpolitik ein schwerer
Fehler gewesen sei. Zur Wahlreform übergehend, ver-
teidigte der Redner in würdevoller Weise die auf
positives Bieten gerichtete Haltung der konservativen
Partei. Die Nationalliberalen dagegen durch
ihre heutige Obstruktion gezeigt, daß ihnen an einer
wirklichen Wahlreform nichts gelegen sei, sondern
daß sie nur auf Erfüllung ihrer Partei-
forderungen bedacht gewesen seien. Ihr
Zweck sei aber von der konservativen Partei durchkreuzt
worden. Der Redner schloß mit der Bitte, treu und ein-
ig zur konservativen Fahne zu halten, da nur durch
eine starke konservative Partei der Sozial-
demokratie ein wirksamer Damm für alle Zeiten ent-
gegengesetzt werden könnte. (Lebhafter Beifall.) Rechts-
anwalt Bredered versprach, daß die konser-
vative Vereinigung in der Zukunft alle bis-
herigen Schärpen vermeiden werde, wodurch
hoffentlich bald wieder ein einträchtiges Zusammen-
wirken erzielt werden würde. Diese verständliche Stim-
mung trug ihm sogar den aus der Mitte der Versamm-
lung heraus kommenden Vorschlag ein, ihn als Bei-
sitzer in den Vorstand zu wählen. Dieser Vorschlag
wurde verschiedentlich unterstützt, jedoch von anderer
Seite mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß die persönliche
Stimmung doch erst vom heutigen Abend ab datiere
und man erst Lateri sehen müsse. Infolgedessen blieb
Rechtsanwalt Bredered in erheblicher Minderheit. In
der nunmehr sich anschließenden freien Aussprache ver-
suchten die Vertreter der konservativen Vereinigung
mehrmals, indessen in einem wohlthuenden, maß-
vollen Tone gegenüber ihrem bisherigen Auftreten,
ihre Sache zu rechtfertigen. In einem sich von jeder
Schärfe fernhaltenden Tone wurde ihnen von Justiz-

rat Meyer-Tilfit und Rechtsanwalt Ulrich, sowie von
einigen anderen Rednern aus der Versammlung her-
aus geantwortet. Um 1 Uhr konnte die Versammlung
mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland geschlossen
werden.“ Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt hierzu: „Nach
dem schönen und würdigen Verlauf der Hauptversamm-
lung scheint die Hoffnung nunmehr berechtigt, daß die
Missstimmungen innerhalb der konservativen Par-
tei, welche durch die scharfen Angriffe der konservativen
Vereinigung zu stellenweise recht unliebsamen Erörte-
rungen in den letzten Monaten geführt hatten, end-
gültig begraben sein werden.“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die gemäßigtesten Lehrer. Die we-
gen des Glückwunsch-Telegramms an Bebel gemäßig-
testen Bremer Lehrer finden als Redakteure sozial-
demokratischer Blätter Aufnahme. Einer dieser Her-
ren tritt in die Redaktion der sozialdemokratischen „Bre-
mer Bürgerzeitung“, ein anderer in die des „Ham-
burger Echo“ ein. Später sollen die beiden als Reichs-
tags-Kandidaten aufgestellt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Bürgerschaft Ofenpests zu dem
ungarischen Parlamentsstandal. Am 1.
Osterfeiertag fand in Ofenpest eine große Protestkund-
gebung der Bürgerschaft wegen der bekannten Ereignisse
im Abgeordnetenhaus statt. Im Laufe derselben wurde
eine Resolution angenommen, in der jene Vorgänge
mißbilligt werden und der Regierung das Vertrauen
ausgesprochen wird. Eine große Menschenmenge zog
dann zum Klub der Regierungspartei, wo sie dem Mini-
sterpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary begeisterte
Huldigungen darbrachte. Der Ministerpräsident dankte
und sagte, die Bürger der Hauptstadt lieferten den
Beweis, daß die Ehre und der gute Ruf des Landes
nicht ungestraft geschädigt werden könne.

Bulgarien.

Ueber den Besuch des Königs der Bul-
garen ist ein Communiqué ausgegeben worden, in
dem gesagt wird: Der Besuch konnte nur die besten
Folgen auf die Vertiefung der türkisch-bulgarischen Be-
ziehungen ausüben. Die Zusammenkünfte der Monarchen
und der unmittelbare Verkehr der beiderseitigen Staats-
männer zeitigten ausgezeichnete Ergebnisse und ließen
bei den Beteiligten die Ansicht sich festigen, daß eine
Politik der Eintracht und Freundschaft umso glücklichere
Ergebnisse zeitigen werde, als schon die geographische
Lage sie notwendig mache. Die Staatsmänner benut-
ten natürlich die Gelegenheit, um gewisse beiderseitige,
vorwiegend wirtschaftliche Interessen berührende Fra-
gen zu beraten. Außerdem wird in dem Communiqué
festgestellt, daß die beiden Staaten, weit davon
entfernt, eine aggressive Politik zu verfolgen, aufrich-
tig durchdrungen sind von den Vorteilen, die ihnen
freundschaftliche, gut-nachbarliche Beziehungen sichern.

Zwischenfall an der türkisch-bulgar-
ischen Grenze. Am 27. März nachmittags schoß
türkische Soldaten auf eine bulgarische Patrouille,
die bei dem Grenzposten Tatarloje, Bezirk Kazim
Aggatich, die Kunde machte. Es entwidelte sich hier-
auf ein Gewehrfeuer, das bis zum Abend dauerte und
am nächsten Tage wieder ausgenommen wurde, nach-
dem die Türken Verstärkungen durch Infanterie und
Kavallerie erhalten hatten. Bisher ist von einem Ver-
lust auf bulgarischer Seite nichts bekannt. Ein tür-
kischer Soldat wurde auf bulgarischem Gebiet getötet.
Wahrscheinlich gab es auch einige Verwundungen. Der
Kriegsminister erteilte sofort den Befehl, das Feuer
einzustellen. Heute wird eine Kommission aus türki-
schen und bulgarischen Offizieren zusammentreten, um
den Zwischenfall zu untersuchen.

Italien.

Zum Besuch des Reichskanzlers in
Italien. Ein deutscher Diplomat erklärte, wie uns
ein Londoner Privattelegramm meldet, angeblich dem
römischen Korrespondenten der „Morning-Post“, daß
der Zweck der Reise des deutschen Reichskanzlers nach
Rom gewesen sei, Italien davon zu überzeugen, daß
das Balkanprogramm Oesterreichs mit der Annexion
Bosniens und der Herzegowina erschöpft sei.

Zur italienischen Kabinettskrise. Den
italienischen Blättern zufolge wird Luzatti um je-
den Preis versuchen, ein Kabinett zustande zu bringen.
Er hat nunmehr den Wünschen der Radikalen, zu de-
nen er sich bisher ablehnend verhielt, ein willigeres
Ohr geliehen. Andererseits ist er bereit, der demo-
kratischen Linken ein Portfeuille im Kabinett einzuräu-
men. „Giornale d'Italia“ zufolge verlangen die Ra-
dikalen eine antikerikale Regierungspolitik, ferner die
Verweltlichung des Unterrichts, der Kampf gegen die
Kongregationen und eine Wahlreform, welche die Auf-
lösung der Kammer nach sich ziehen würde. Ein ein-
flussreiches Mitglied der radikalen Partei erklärte dem
genannten Blatte: Wir wollen nicht, daß man sich jetzt
unserer bedient und daß nach dem Verschwinden des
Kabinetts Luzattis die Radikalen zu Gunsten ihrer
Gegner wieder von der Bildfläche verschwinden. Die
„Tribuna“ schreibt: Die letzten Schwierigkeiten, die
sich der Bildung eines Kabinetts Luzatti ent-
gegenstellen, werden beseitigt werden. „Corriere
d'Italia“ glaubt nicht, daß die Politik eines Kabinetts
Luzattis sich zu einem Religionskrieg gestalten werde.
Der „Italia“ zufolge wird Luzatti, wenn die Radika-
len ihre Mitwirkung versagen, ein Kabinett bilden un-
ter Mitwirkung von befreundeten Politikern.

Frankreich.

Straßendemonstrationen von camelots
du roi, den radikalen Anhängern der Königspar-
tei, fanden in Paris statt. Etwa fünfzig Verhaftungen
wurden vorgenommen.

Neuer Betrugsstandal in Toulon.
Trotz des zweiten Feiertages begab sich der Toulon-
er Regierungskommissar, Kommandant Große, zur Staats-
anwaltschaft, um mit dem öffentlichen Ankläger eine
neue soeben von ihm entdeckte Betrugsaffäre zu be-
sprechen. Diese ist von den bisher ans Licht gezogenen
Marinegeschwindelaffären unabhängig und soll eine große
Ausdehnung besitzen. Mehrere Verhaftungen dürften
für heute bevorstehen, und wohlinformierte Leute ver-
sichern, daß die Angelegenheit gewaltiges Aufsehen
erregen wird.

England.

Zur politischen Lage in England. Die
große Debatte um das Vetorecht des Oberhauses hat
im englischen Unterhause ihren Anfang genommen.
Zu den Resolutionen des Premierministers Asquith
wurden gleich am ersten Sitzungstage nicht weniger
als 40 Unteranträge eingereicht. Die Debatte wird sich
also sehr langwierig gestalten. Die konservativen Blät-
ter erwarten, daß aus den Verhandlungen nichts Posi-
tives herauskommen, und daß die Regierung Asquith
zurücktreten wird.

Amerika.

Newyork, 29. März. Aus Manila wird
gemeldet: Ein Soldat des amerikanischen Ingenieur-
korps, welcher gefaßt wurde, als er photographische
Aufnahmen der Befestigungen der Insel Corregidor
machte, gestand eine geheime Abmachung mit zwei
Japanern, welche darin bestand, ihnen Pläne und
Photographien zu liefern. Die Japaner wurden da-
rauf festgenommen, als sie mit dem Soldaten zu-
sammentrafen und im Begriff waren, die Photographien
zu prüfen.

Eine Geschüßexplosion. Auf dem ame-
rikanischen Kreuzer „Charleston“ ist in Ma-